

04. März 2016
Siegener Zeitung

SPD greift Bürgermeister mit harschen Vorwürfen an Haushalt mit Stimmen von CDU sowie UCW und UDW beschlossen

mari Drolshagen. Mit vier Nein-Stimmen der SPD-Fraktion wurde gestern der Haushalt der Stadt Drolshagen für das Haushaltsjahr 2016 in der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich beschlossen.

Nicht nur reichlich Pfeffer versprühte SPD-Fraktions-Vorsitzender Tobias Brömme in seiner Haushaltsrede, er griff auch Bürgermeister Uli Berghof (CDU) an. „Bei ernsthafter Betrachtung darf kein einziger Stadtverordneter dem Haushaltsplanentwurf zustimmen. Dieser Haushalt ist fachlich nicht haltbar, er kann rechtlich sogar angezweifelt werden“, meinte Brömme und wies auf das nach Ansicht der Genossen in erheblichem Maße zu niedrig angesetzte negative Jahresergebnis von fast 1,3 Mill. Euro hin. Bei den Erträgen aus Grundstücksveräußerungen in Höhe von 138 000 Euro handele es sich um Grundstücke von fünf geschlossenen Kinderspielplätzen, die verkauft werden sollen. Die Gemeindehaushaltsverordnung regle klar und eindeutig, dass Erträge aus Veräußerungen von Grundstücken aus dem Anlagevermögen direkt in die Allgemeine Rücklage gebucht werden und nicht den Haushalt ausgleichen dürften.

Weiter kritisierte Brömme unlogische und nicht korrekte Abschreibungen in den Produktplänen Hauptschule/Sekundarschule und Baubetriebshof und zweifelte die Festwertbildung für die neuen Einrichtungsgegenstände an. „Gerade von Ihnen als ehemaliger Kämmerer hätten wir einen fachlich richtigen Haushaltsplan für 2016 erwartet“, sagte er Bürgermeister Uli Berghof und forderte ihn auf: „Korrigieren Sie diesen fehlerhaften Haushaltsplanentwurf und sagen Sie der Drolshagener Bevölkerung endlich, wie der wirkliche Stand der Dinge ist.“

Brömme bewertete den Haushalt wegen der erneuten Gebührenerhöhung für die Betreuungsmaßnahmen an der Drolshagener Grundschule und der Müllgebühren außerdem als sozial ungerecht und bezweifelte den Sparwillen der Verwaltung. Weiter kritisierte er an den Beispielen Grundschule, Aufwendungen für den Straßenwinterdienst, Bau einer Flüchtlingsunterkunft und interkommunalen Zusammenarbeit fehlende Konzepte und warf der Verwaltung mangelnde Wertschätzung für Vereine vor.

Die Stadtverordneten von CDU, UDW und UCW stimmten für den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf. „Der Haushalt 2016 ist, wie die vorherigen, auf Kante genäht, aber zum Glück nicht völlig ausgelutscht“, meinte CDU-Fraktionsvorsitzender Georg Melcher. „Die von uns mitgetragene Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Prozent auf einen Hebesatz von 547 Prozentpunkte sorgt zwar für die wirksamste Ertragsverbesserung im Haushalt 2016, ist aber vorerst nur ein kleiner Schritt in Richtung Haushaltsausgleich.“ Namens seiner Fraktion unterstützte er den von der UDW eingebrachten Antrag, den Ansatz von 1,2 Mill. Euro im Haushalt 2016 für den Bau einer Flüchtlingsunterkunft zu streichen.

UDW-Fraktionsvorsitzender Dr. Christoph Buchholz bezeichnete die finanzielle Situation von Drolshagen als erschreckend, sah aber gute Ansätze im Haushalt, die in die richtige Richtung weisen. „Wir müssen jetzt und in den kommenden Jahren die Rechnung dafür bezahlen, dass wir lange über unsere Verhältnisse gelebt haben. Die Sünden der Vergangenheit wie zum Beispiel der Bau der Sekundarschul-Erweiterung werden uns auch in den folgenden Jahren mit hohen Abschreibungen und Betriebskosten belasten. Der Bürger wird zur Kasse gebeten werden müssen, um noch Schlimmeres zu vermeiden.“ Dass Drolshagen seit 2009 über seine Verhältnisse gelebt hat, stellte auch UCW-Fraktionsvorsitzender Karl Rudolf Fölting heraus. Das sei sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die damaligen Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der CDU keinen Willen zur Haushaltskonsolidierung gezeigt hätten.

Bürgermeister Uli Berghof bedankte sich für den Vertrauensvorschuss von CDU, UCW und UDW. Zu Tobias Brömme (SPD) sagte er: „Ich habe nicht die geringste Lust, im Detail auf die anmaßenden Äußerungen einzugehen. Das war unterste Schublade. Sie scheinen wenig Ahnung von dem zu haben, was Sie hier vortragen. Wir stellen die Haushalte nach bestem Wissen und Gewissen auf.“ Über weitere Inhalte der Ratssitzung berichtet die SZ morgen.